

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/3893 -**

Einschüchterungsversuche seitens salafistischer Elemente gegenüber Abgeordneten - Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Vorgänge?

Anfrage des Abgeordneten Frank Oesterhelweg (CDU) an die Landesregierung,
eingegangen am 08.07.2015, an die Staatskanzlei übersandt am 15.07.2015

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 17.08.2015
gezeichnet

Boris Pistorius

Vorbemerkung des Abgeordneten

In einem per E-Mail übermittelten Schreiben wendet sich der „Zentralrat der Lasen“ an Mitglieder des Landtages.

Hinter höflichen Formulierungen sind, so sehen es Empfänger des Schreibens, Drohungen und Einschüchterungsversuche zu vermuten. Beispielsweise schreibt der Unterzeichner, ein gewisser Abu Tarbush: „Auch wenn Ihnen das momentan nicht bewusst ist - diese unsere Nachricht spielt eine zentrale Rolle in Ihrem Leben! Der Islam - in seiner ursprünglichen Form - ist die absolute Wahrheit und der einzige Weg in das Paradies. Widerstand ist zwecklos und wird mit der Hölle bestraft.“ An anderer Stelle steht: „Thora und Evangelium in ihrer ursprünglichen Form sind verloren gegangen, abgesehen davon sind sie durch den Quran abrogiert.“

In einem Brief des Innenministeriums/Landespolizeipräsidiums an die Fraktionen im Landtag wird der Verfasser dieses als „beispielhaft“ erwähnten Schreibens als „Person mit salafistischem Hintergrund“ bezeichnet. Eine „strafrechtliche Relevanz“ sei der Nachricht nicht zu entnehmen. Abschließend schreibt das Landespolizeipräsidium: „Eine bereits vorgenommene Prüfung rechtlicher Möglichkeiten zur Verhinderung der Aktivitäten der Person durch die zuständigen Behörden am Wohnsitz verlief bisher ohne Erfolg.“

Vorbemerkung der Landesregierung

Nach wie vor besteht in Deutschland eine hohe abstrakte Gefährdungslage durch den islamistischen Extremismus/Terrorismus in Deutschland, die sich jederzeit auch in Form von Anschlägen konkretisieren kann. Neben den an Kampfhandlungen beteiligten Rückkehrern aus den Krisengebieten im Nahen Osten geht auch von sogenannten home grown terrorists, die sich zum Teil durch das Internet radikalisieren, die Gefahr aus, dass sie ihrer ideologischen Überzeugung Taten in Form von Anschlägen folgen lassen.

Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit einschließlich des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bewusst. Hierzu zählen insbesondere auch die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, die in Ausübung ihres freien Mandats, die Interessen des Volkes vertreten.

Da abzusehen war, dass derartige E-Mails beunruhigend, beängstigend oder bedrohlich für die Empfänger wirken können, informierte das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport mit Schreiben vom 26.06.2015 alle Fraktionen des Niedersächsischen Landtages über die von der Polizei vorgenommene Bewertung der o. a. E-Mails des Zentralrates der Lasen, da vielfach Abgeordnetenbüros sowie Mitarbeiter politischer Parteien zu den Empfängern zählten.

1. Welche weiteren Nachrichten, E-Mails, Briefe, Anrufe etc. an Abgeordnete, Kommunalpolitiker, Beamte, Richter etc. sind den niedersächsischen Behörden bekannt (bitte jeweils Anzahl, Datum, Art, Absender und Wortlaut bzw. Text angeben)?

Seit spätestens September 2014 verschickt eine polizeilich bekannte Person, unter dem Pseudonym „Abu Tarbusch“ bundesweit an willkürlich ausgewählte Adressaten vielfach E-Mails, in denen sie zum Übertritt zum Islam auffordert.

Schwerpunktmäßig waren von den E-Mails Parlamentarier aller politischen Parteien aus dem gesamten Bundesgebiet betroffen. Die E-Mail-Adressen dürften dabei aus öffentlich zugänglichen Internetquellen stammen.

In Niedersachsen sind sieben Vorgänge bekannt geworden: Am 30.05.2015 wurde eine E-Mail an das Wahlkreisbüro des Herrn MdL Adasch, am 20.06.2015 eine weitere an Frau MdL'in Logemann, am 27.06.2015 eine Mail an Herrn MdL Onay und am 29.06.2015 wurde eine E-Mail an die Poststelle des Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, z. Hd. Frau Cornelia Rundt, versandt. Darüber hinaus erhielt Herr MdL Oesterhelweg am 23.07.2015 eine mit den beiden vorgenannten Schreiben textidentische E-Mail.

Am 21.02.2015 wurde eine E-Mail an eine Getränkefirma in Hildesheim und am 28.06.2015 eine weitere an einen Hersteller für Münzspielgeräte in Delmenhorst verschickt. Beide Mails ähneln im Aufbau und Diktion den Schreiben an die Parlamentsabgeordneten.

Der Text der E-Mails an die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages lautet wie folgt:

„Im Namen Allahs, des Allerbarmers, des Barmherzigen.

Sehr geehrter Landtagsabgeordneter,

wir hoffen unsere Nachricht erreicht Sie bei bester Gesundheit; Ihre E-Mailadresse haben wir aus dem World Wide Web. Zweifelsohne gehören wir zu den Muslimen und rufen zum Weg unseres Herrn. Auch wenn Ihnen das momentan nicht bewusst ist - mit dieser unserer Nachricht spielen wir eine zentrale Rolle in Ihrem Leben! Der Islam - in seiner ursprünglichen Form - ist die absolute Wahrheit und der einzige Weg in das Paradies. Widerstand ist zwecklos und wird mit der Hölle bestraft! Jeder wahrhaftige Prophet - ob es nun Abraham, Moses, Jesus, oder Muhammad war - hatte dieselbe Aufgabe und dieselbe Botschaft. Sie haben die Menschen aufgerufen, nicht der Schöpfung, sondern dem Schöpfer zu dienen. Sofern Sie religiös an das Juden- bzw. Christentum gebunden sind, sollten Sie folgendes Faktum unbedingt beherzigen; Thora und Evangelium in ihrer ursprünglichen Form sind verloren gegangen, abgesehen davon sind sie durch den Quran abrogiert. Neben Allah darf nichts und niemand angebetet werden! Das war die Kernbotschaft aller Propheten, auch von Jesus und Moses. Wenn Sie Fragen haben, können Sie uns gerne kontaktieren. Anregungen und sachliche Kritik sind jederzeit willkommen. Als Anlaufstelle empfehlen wir Ihnen erfahrungsgemäß die Sahaba-Moschee in der Torfstraße 14, in D-13353 Berlin. Eine Video-Datenbank der Vorträge des ehrenwerten Predigers - Ahmad Abul Baraa - finden Sie qualitativ hochwertig & in deutscher Sprache im Internet, unter <http://as-sirat.de>. Parallel dazu, können Sie sich bei der Lies! Stiftung - für Nichtmuslime selbstverständlich kostenlos - mit einer anerkannten Quranübersetzung eindecken: <http://diewahrerreligion.eu/hausdesqurans/>

Beenden möchten wir mit folgender Offenbarung: „Und euer Gott (Allah, der Heilige) ist ein Einziger Gott. Es gibt keinen Gott außer Ihm, dem Allerbarmer, dem Barmherzigen.“ (Quran 2:163)

Mit freundlichen Grüßen

Abu Tarbusch“

2. Teilt die Landesregierung die Empörung und Sorgen von Adressaten solcher Nachrichten bzw. des konkret erwähnten Schreibens, die sich belästigt, genötigt und bedroht fühlen?

Die Landesregierung nimmt die Empörung und Sorgen der Empfänger solcher Nachrichten sehr ernst. Sie weist allerdings auf die Erkenntnis des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA) hin, wonach es bei keinem der bislang in diesem Zusammenhang in Deutschland festgestellten Fälle zu gefährdenden Ereignissen gekommen ist. Auch aufgrund der Vielzahl der Empfänger dieser Nachrichten sehen die niedersächsischen Sicherheitsbehörden eine tatsächliche Gefährdung der Adressaten durch den Verfasser als sehr unwahrscheinlich an.

3. Hält die Landesregierung bestehende rechtliche Möglichkeiten für ausreichend, um gegen die erwähnten Sachverhalte und deren Urheber wirksam einzuschreiten?

Wie dem Schreiben des Landespolizeipräsidiums des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 26.06.2015 an die Fraktionen des Landtages zu entnehmen ist, ist der in Rede stehenden E-Mail weder eine strafrechtliche Relevanz noch eine Gefährdung der Adressaten zu entnehmen. Daher sind diese E-Mails als Meinungsäußerung im Sinne des Artikels 5 des Grundgesetzes zu werten.

Die bestehenden gesetzlichen Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden werden als ausreichend angesehen, gesetzgeberischer Handlungsbedarf ist nicht erkennbar.

4. Welche Maßnahmen anlässlich dieser Briefe hat die Landesregierung bislang ergriffen oder plant sie zu ergreifen?

Bereits am 27.10.2014 hat das LKA die niedersächsischen Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes über einen entsprechenden E-Mailversand durch „Abu Tarbush“ an Landtagsabgeordnete aus Brandenburg in Kenntnis gesetzt.

Darüber hinaus beteiligt sich das LKA am ständigen Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Die in diesem Zusammenhang bundesweiten Vorkommnisse und Mailzusendungen werden im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) des Bundes und der Länder gesammelt und bewertet.

Durch das Ministerium für Inneres und Sport, Landespolizeipräsidium, wurden am 26.06.2015 die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag über die „Missionierungsarbeit“ des Schreibers informiert und sensibilisiert. Dieses Schreiben wurde durch das LKA am 30.06.2015 an alle niedersächsischen Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes zur Information weitergeleitet.